

Heute Abend im Einwohnerrat

Revision Kanalisationsabgabenreglement, Budget 91 mit Steuerfusserhöhung, Motion «Dingi» (Zonenänderung bei der Strafanstalt).

HH. Eine Traktandenliste mit reichlich «Zündstoff» nimmt sich der Lenzburger Einwohnerrat an seiner Sitzung von heute Donnerstag Abend (19.30 Uhr in der Aula des Bezirksschulhauses) vor; sollten sämtliche Geschäfte behandelt werden, ist eine Doppelsitzung wohl vorprogrammiert. Ob es so weit kommt, steht allerdings noch nicht fest. Die GPFK wird nämlich den Antrag stellen, das Traktandum «Dingi» auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wasser wird teurer Das revidierte Kanalisationsabgabenreglement hat zum Ziel, Aufwand und Ertrag bei der Abwasserbeseitigung wieder einigermaßen ins Lot zu bringen. Angesichts der Finanzlage der Stadt ein dringend notwendiges Unterfangen, auf welches schon vor längerem gedrängt wurde. In einer höchst umfangreichen «Doktorarbeit» schlägt der Stadtrat vor, den Kostendeckungsgrad für die Abwasserbeseitigung von bisher Zweidritteln auf 80 Prozent zu erhöhen, womit man der konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips einen Schritt näher kommt. Das bedeutet eine wesentliche Anhebung einerseits der Anschlussgebühren, andererseits der Benutzungsgebühren. Hier wird neu eine jährliche Grundgebühr eingeführt, welche die bisherige Minimalgebühr ersetzt. Kleinere Objekte, und das sind praktisch sämtliche Wohn- und kleineren Gewerbebauten, sollen mit 72 Franken Pauschale belastet werden, grössere Objekte wie industrielle und gewerbliche Betriebe sowie z. B. auch die Schulanlagen, mit einer Gebühr von 20 Rappen pro Quadratmeter entwässerter Fläche, was für einzelne Grossbetriebe bis rund 4000 Franken im Jahr ausmacht. Der Konsumpreis des Wassers schliesslich soll auf 42 Rappen erhöht werden. Mit diesen Ansätzen werden für Investitionen jährlich 875000 Franken frei, der Kostendeckungsgrad von 80 Prozent erreicht und der Teuerung Rechnung getragen. Für den «Durchschnittslenzburger» ergibt sich eine Erhöhung der Abgabe auf das Dreifache.

Budget 91 bringt Steuerfusserhöhung

Bei der «Kenntnisnahme» des neuen Finanzplanes waren sich für einmal alle Einwohnerrats-Fraktionen einig: Eine Steuerfuss-Erhöhung ist unumgänglich geworden, nicht so sehr um das Budget 1991 im Gleichgewicht zu halten, sondern um den Schuldenberg langsamer anwachsen zu lassen. Mehr liegt mit der massigen Aufstockung von 105 auf 110 Prozent ohnehin nicht drin. weshalb ja auch eine weitere fünfprozentige Erhöhung bereits in Aussicht gestellt worden ist. Im Gegensatz zu den früheren Jahren kann sich jetzt auch die SP wieder mit der städtischen Finanzpolitik identifizieren, sie wird dem Voranschlag zustimmen. Auch die Freisinnigen, welche von der SP für die «miserable Finanzlage» der Stadt verantwortlich gemacht werden, stehen für eine Steuerfusserhöhung ein, wie sie das übrigens schon immer betont hatten, sollte sich die Notwendigkeit erweisen. Die Zustimmung zum Voranschlag erfolgt allerdings mit Vorbehalten, hätte es die FPL doch gern gesehen, wenn die aus der Steuerfusserhöhung resultierenden Erträge ausdrücklich für zusätzliche Abschreibungen verwendet würden; jetzt verschwinden sie in den allgemeinen Ausgaben. Obwohl sich die Kontrahenten im Grundsatz einig sind, wird es heute Abend wohl zu einem weiteren finanzpolitischen Schlagabtausch SP-FPL kommen. Das letzte Wort betreffend Budget und Steuerfuss hat

zudem das Volk, und wie die Urnenabstimmung im Dezember herauskommt, ist angesichts der ändernden zunehmenden «Entlastungen» des Bürger-Portemonnaies noch keineswegs sicher.

«Dingi» von Wohngebiet fernhalten

Das Pilot-Projekt der Strafanstalt, drogenabhängige Gefangene in einer Baracke zu betreuen und auf das Leben «draussen» vorzubereiten, stösst in Lenzburg auf Widerstand. Insbesondere die Bewohner des benachbarten Quartiers wehren sich gegen den von Bund und Kanton unterstützten dreijährigen Versuch, weil die «Dingi»-Baracke ausserhalb der Anstaltsmauern, im dortigen Baumgarten, platziert werden soll. Nicht Verhinderung des Projekts, sondern Verschiebung des Standortes bezweckt eine Motion, die von einer «Interessengemeinschaft der Quartierbewohner im Gebiet Strafanstalt Lenzburg» lanciert worden ist. Als Kompromisslösung wird vorgeschlagen, den Baumgarten nördlich der Strafanstalt von der Zone für öffentliche Bauten in die Grünzone umzuteilen und dafür eine Wiesland-Parzelle westlich der Anstalt von der Grünzone in die Zone für öffentliche Bauten umzuwandeln. Damit könnte die «Dingi»-Baracke in die Nähe der Sportanlagen Wilmatte verlegt werden, wo sie nach Ansicht der Motionäre weniger stört. Die Ansichten über diese Absicht sind quer durch sämtliche Parteien geteilt. Der Stadtrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen, weil damit das Problem Drogen und Strafvollzug buchstäblich nur verdrängt, nicht aber gelöst wird. Mit der Behandlung einer «Volks-Motion» betritt der Einwohnerrat Neuland. Während dem der Motionär (Alfred Bologni) seinen Vorstoss vor dem Rat begründen kann, bedarf der Beizug von ausserhalb des Gemeindeparlamentes stehenden Auskunftspersonen der ausdrücklichen Genehmigung des Rates. Angesichts des kontroversen Themas und dessen Hintergrund, das Drogenproblem im allgemeinen und im Strafvollzug im besonderen, ist die Einladung von Fachleuten auch sinnvoll. Deshalb der Antrag der GPFK auf Verschiebung des Traktandums, was zudem den Vorteil hätte, dass sich der Einwohnerrat für die Behandlung der «Dingi»-Motion genügend Zeit nehmen könnte.